

## BUCHBESPRECHUNG

# Die Politik der Entpolitisierung des Geldes

### REZENSENT

Wolfgang Pointner\*

### WERK

Eich, Stefan (2022).

The Currency of Politics. The Political Theory of Money from Aristotle to Keynes.

Princeton/Oxford/Berlin, Princeton University Press; De Gruyter. 320 Seiten. Taschenbuch. 24,31 EUR. ISBN 978-0-691-23543-1

### ZUSAMMENFASSUNG

Im Zentrum von Stefan Eichs Buch steht die Frage, ob und wie sehr der Wert von Geld politischen Entscheidungen unterworfen sein soll. Solche Entscheidungen haben erhebliche Verteilungswirkungen und sind daher wesentliche politische Machtfragen. Eine Tendenz, den Geldwert aus der Sphäre des politischen Diskurses drängen zu wollen, zeichnete sich schon vor der Moderne ab. Obwohl Geld eine soziale Institution ist, wurde ihm oft ein „natürlicher“ Wert zugeschrieben. Je stärker geldpolitische Konzepte theoretisch außer Diskussion gestellt wurden, desto schwerer war es, in Krisen Alternativen zum Status quo zu erarbeiten bzw. umzusetzen. Eich erklärt, welche Gruppen ein besonderes Interesse daran hatten, Währungsfragen zu entpolitisieren, er zeigt aber auch, dass die Scheuklappen der etablierten Orthodoxie sogar in Demokratien verhindern können, dass politische Alternativen gefunden werden, die einer großen Mehrheit Vorteile bringen würden.

### DOI

10.59288/wug503.259

Politische und theoretische Auseinandersetzungen über Geld wurden oft durch Krisen oder andere wirtschaftspolitische Herausforderungen angestoßen. Die zentralen Fragen waren meist, wie der Wert des Geldes festge-

legt werden soll und wer diese Festlegung treffen darf. An diesen Debatten, die Eich nachzeichnet, beteiligten sich Politiker:innen, Banker:innen, Philosoph:innen, aber auch Physiker:innen oder Architekt:innen. Diese

---

\* Wolfgang Pointner: OeNB  
Kontakt: wolfgang.pointner@oenb.at

personelle Diversität lässt schon erkennen, dass geldpolitische Fragen nicht immer in kleinen Expert:innenkreisen abgehandelt wurden. Eich verortet uns heute in einer Zeit des Umbruchs: Die bestehende geldpolitische Orthodoxie sei nicht mehr lange zu halten, aber ein neues Paradigma zeichnet sich noch nicht klar ab; daher wäre ein offener Diskurs über Währungsfragen heute besonders wichtig.

Ein großer Mehrwert des Buches liegt darin, dass Eich detailliert beschreibt, wie politische Konzepte an die ökonomischen Gegebenheiten angepasst werden und wie sie selber wiederum die ökonomische Realität prägen, indem sie den Möglichkeitsraum der politischen Akteur:innen formen und begrenzen. Dabei präsentiert er Diskussionen und Argumente, die in Vergessenheit geraten sind, obwohl sie auch heute noch relevant wären.

### **Das Maß aller Dinge**

Eich beginnt mit Aristoteles, für den Münzgeld zu den konstitutiven Elementen des Staates zählte. Die Bürger:innen eines Staates sprechen dieselbe Sprache, sie sind denselben Gesetzen unterworfen, und sie verwenden dasselbe Münzgeld bei ihren täglichen Marktgeschäften. Für Aristoteles ist der Markt ein Ort der Gleichheit: Wer ein Gut kaufen möchte, muss Geld im gleichen Wert dafür bieten, sonst kommt kein Handel zustande. Der Wert der Güter lässt sich in Geld messen, und das ist auch eine Frage der Gerechtigkeit: Zu viel zu nehmen hieße, eine Ungerechtigkeit zu verüben, zu viel zu zahlen hieße, eine Ungerechtigkeit zu erleiden; Gerechtigkeit liegt für Aristoteles genau in der Mitte.

Er bemerkte auch, dass Geld seinen Namen („nomisma“) nach dem griechischen Wort für Gesetz („nomos“) erhalten hat, da es wie die

Gesetze menschengemacht ist. „Dann aber wiederum scheint das Geld nur ein albernes Gerede zu sein und überhaupt bloß ein Herkommen, nichts aber, das von Natur aus vorliegt“ (Aristoteles 1989, 1257b10). Wenn Geld von Menschen erschaffen und verändert werden kann, kann es dann immer als zuverlässiges Maß im Handel dienen? Bestimmen Menschen, die Geld bei ihren Transaktionen als Maß verwenden, dessen Wert, oder kann der Herrscher eines Staates, der Münzen prägen lässt, ihren Wert festsetzen? Thomas von Aquin warf diese Fragen anderthalb Jahrtausende nach Aristoteles in einem Kommentar zu dessen Werk auf (44), Kopernikus beschäftigte sich damit ebenso wie der Staatstheoretiker Jean Bodin (13), der als Erster die monetäre Quantitätstheorie formulierte.

Eich lässt den spanischen Jesuiten Juan de Mariana unerwähnt, der bereits 1609 in „De monetae mutatione“ Münzverschlechterung durch den König als Verstoß gegen göttliches Recht qualifizierte, da sie wie eine Steuer wirke, der das betroffene Volk nie zugestimmt habe; anscheinend hielt er „No taxation without representation“ für ein christliches Gebot. Dieses Buch kam auf den Index der verbotenen Bücher, nicht aber ein anderes („De rege et regis institutione“, 1599), in dem Mariana dem Volk das Recht zusprach, einen tyrannischen König zu stürzen. Die Inquisition sah offenbar in Kritik an der Geldpolitik eine schwerere Sünde als in Revolten.

### **Geldwertstabilität versus monetäre Autonomie**

Im späten 17. Jahrhundert hatte sich der Silbergehalt englischer Münzen drastisch reduziert, sodass ihr Wert im täglichen Handel oft umstritten war. Der Schatzkanzler schlug vor, den Silbergehalt wieder niedriger festzuset-

zen – mit dem für ihn positiven Nebeneffekt, dass die Regierung ihren Gläubigern weniger Silber zurückzahlen müsste, als sie geliehen hatte. John Locke sah in diesen Anpassungen eine der Hauptursachen der Geldverschlechterung (49 ff.). Er anerkannte zwar, dass der Wert des Geldes sich von der Autorität der Regierung ableitet, schlug aber vor, sich künftig am „natural intrinsic value“ des Metallgehalts zu orientieren. Während diese Festlegung noch ein politischer Akt war, sollte Geld danach politischen Entscheidungen entzogen werden. Der Gouverneur der Bank of England erkannte die Verteilungseffekte von Lockes Vorschlag: Großgrundbesitzer würden eher von einer stabilen Währung profitieren, da sie ihre Miet- und Pachtzinsen nicht so rasch anpassen konnten wie Händler ihre Preise (57). Die Grundbesitzer der „landed gentry“ hatten ihre politische Heimat bei den Whigs, denen auch Locke nahestand. Die Regierung griff Lockes Vorschlag auf und gab 1696 neue Silbermünzen aus. Daraufhin halbierte sich die umlaufende Geldmenge, und eine tiefe Wirtschaftskrise folgte.<sup>1</sup>

Trotz dieses Desasters setzte sich Lockes Idee durch. Adam Smith sah es nicht nur als erwiesen an, dass Manipulationen des Geldwerts das öffentliche Vertrauen untergraben, er fand, dass der Geldwert nicht wie bei Locke „founded on an agreement of men“ sei, sondern „a natural value“ gänzlich außerhalb der Sphäre politischer Erwägungen (74). Der schottischen Aufklärung folgend betrachtete Immanuel Kant Geld im Sinn der Arbeitswertlehre (83): Eine Goldmünze erfordere bei ihrer Herstellung so viel Arbeit wie die Güter, die man damit kaufen könne; das entsprach auch der Gleichheit bei Aristoteles.

Im Zuge der Französischen Revolution wurde Papiergeld (Assignaten) ausgegeben, das nicht durch Gold, sondern durch Einnahmen aus der Konfiskation des Kirchenguts gedeckt werden sollte. Da zu viele Assignaten ausgegeben wurden, fiel ihr Wert rasch. Trotz dieser negativen Erfahrungen Frankreichs gab England 1797 wegen steigender Kriegsausgaben ebenfalls die Golddeckung des Pfunds auf. Anders als die Assignaten war das Pfund nun nicht durch Versprechungen künftiger Einnahmen gedeckt, sondern es beruhte allein auf Vertrauen, es handelte sich also um „fiat money“ im modernen Sinn. Die Währung blieb stabil, und die Preise stiegen nur mäßig – laut O'Brien/Palma (2020) vor allem infolge der Kriege und nicht wegen der Ausweitung der Geldmenge. Als das Parlament 1819 beschloss, wieder den Goldstandard zum alten Kurs von 1797 einzuführen, war eine Senkung der Preise und Löhne erforderlich, was zu einer Rezession und zu Unruhen führte. Dass eine dieser Protestkundgebungen im Peterloo-Massaker blutig niedergeschlagen wurde, trug laut Thompson (1987) wesentlich zur Entstehung der englischen Arbeiter:innenklasse bei.

Für Johann Gottlieb Fichte war „fiat money“ ein Instrument, um die Politik von internationalen Märkten unabhängig zu machen. Im „Geschlossenen Handelsstaat“ (veröffentlicht 1800) schreibt Fichte, dass der Staat nur den Interessen seiner Bürger:innen dienen und sich daher gegen den Handel mit anderen Staaten verschließen solle. Geld ist für Fichte „das allgemeine Zeichen des Werths“, aber eben nur das: ein Zeichen (96). Er glaubt nicht an einen intrinsischen Wert von Gold oder Silber, sondern fordert, dass der Staat fälschungssicheres „fiat money“ in Umlaufbringen soll, dessen

1 Kwasi Kwarteng (2000) verfasste seine Dissertation über die Finanzkrise von 1696, was ihn nicht davon abhielt, in seinen 38 Tagen als britischer Finanzminister selbst eine kleine Finanzkrise auszulösen.

Menge mit dem Wert der gehandelten Güter wachsen soll. Um inflationäre Manipulationen zu verhindern, sollte der Wert des Gelds in der Verfassung festgeschrieben werden; deutsche Professoren sahen Geldpolitik offenbar schon vor 200 Jahren gern unter verfassungsrechtlichem Vorbehalt.

### **Währungskrisen und Krisenmanagement**

Nach der Rückkehr zum Goldstandard kam es in Großbritannien immer wieder zu Finanzkrisen. Um diese einzudämmen, wurde 1844 der Peel's Bank Act erlassen, der nach den Plänen der sogenannten Currency School die umlaufende Geldmenge durch die vorhandenen Goldreserven limitierte. Die Politik des harten Geldes sollte hohe Inflation und spekulative Blasen verhindern, trotzdem kam es weiter zu erheblichen Finanzkrisen (z. B. 1847, 1857 und 1866). Karl Marx war davon nicht überrascht, er folgte den Argumenten der Banking School um Thomas Tooke, die erkannt hatte, dass Geld und Kredit nicht zentral gesteuert, sondern bei Bedarf endogen von Banken geschaffen werden (117). Marx beschrieb in seinen „Grundrissen“, dass Schwankungen im Goldpreis immer wieder zu Umverteilungen zwischen Schuldner:innen und Gläubiger:innen führten und damit die großen Revolutionen der Geschichte auslösten: „Die Natur des Geldes, als inkarniert in einer besonderen Ware, kömmt hier in Kollision mit seiner Funktion als dem verselbstständigten Tauschwert“ (Marx 1953, 877).

Obwohl Marx die Bedeutung des Geldwerts anerkannte, hatte er kaum Interesse an monetären Reformen. Finanzkrisen sah er als dem Kapitalismus inhärent, egal welche Art der

Geldpolitik gewählt wird; erst die Überwindung der zugrunde liegenden Produktionsstrukturen könne Abhilfe schaffen. 1848 hatten Marx und Engels im „Kommunistischen Manifest“ noch die „Zentralisation des Kredits in den Händen des Staats durch eine Nationalbank“ (Marx/Engels 1989, 42) gefordert, aber als Proudhon im selben Jahr eine „Banque du Peuple“ forderte, um die Kreditvergabe und den Geldwert zu verstaatlichen („républicaniser le numéraire“) (110 f.), ging ihnen diese „Volksbank“ nicht weit genug. Für Marx hätte eine aktive Geldpolitik zwar Liquiditätsengpässe in Finanzkrisen lindern können (was die Currency School mit ihrer restriktiven Golddeckung effektiv verhinderte), aber nicht die Ausbeutung der Arbeiter:innen durch das Kapital (135); damit hatte er die politischen Grenzen einer Nationalbank gut erkannt.

Im Ersten Weltkrieg hatte die Bank of England den Goldstandard wieder aufgegeben. Als sie danach zum alten Vorkriegskurs zurückkehren wollte, argumentierte Keynes, dass die dafür nötigen Preis- und Lohnänderungen nur durch eine schwere Rezession herbeigeführt werden könnten. Der damalige Finanzminister Winston Churchill, der ursprünglich die Bedenken von Keynes teilte, folgte schließlich dem Vorschlag der Bank und löste damit die befürchtete Rezession und den Generalstreik von 1926 aus; später sagte er, dies sei „the single worst political misjudgement of his life“ (150) gewesen.<sup>2</sup> Die Bank of England wusste zwar, dass die Aufwertung des Pfunds zu Arbeitslosigkeit führen würde, aber sie wollte damit Londons Stellung als internationales Finanzzentrum erhalten.

---

2 Das ist auch deshalb bemerkenswert, weil Churchill im Ersten Weltkrieg hauptverantwortlich für die sinnlose Schlacht von Gallipoli mit über 100.000 Toten war.

In der Weltwirtschaftskrise versuchte die Labour-Regierung von Ramsey MacDonald, den Goldstandard zu wahren, was ihr jeden konjunkturpolitischen Spielraum nahm und zu Austerität führte, woran sie letztlich auch zerbrach. Als die nachfolgende Mehrpartei-Regierung den Goldstandard wieder verließ, meinte Sidney Webb, ein Minister der gestürzten Labour-Regierung: „Nobody told us we could do this“ (141). Webb war einer der Gründer der London School of Economics und dort Professor, es mangelte ihm sicher nicht an ökonomischer Expertise. Aber die monetäre Orthodoxie des Goldstandards hatte sich bereits so fest etabliert, dass er offenbar nicht mehr in Alternativen denken konnte. Nach Großbritannien verließen auch andere Regierungen den Goldstandard. Quinn Slobodian weist in „Globalists“ (2018) darauf hin, dass der Wegfall des Goldstandards und der Zerfall der Donaumonarchie 15 Jahre zuvor für die Wiener Gründungsväter des Neoliberalismus vor allem bedeutete, dass grenzüberschreitend investiertes Kapital plötzlich dem Risiko unterlag, aufgrund von Wechselkursschwankungen an Wert zu verlieren. Dadurch wurde die Mobilität des Kapitals eingeschränkt, was der demokratischen Wirtschaftspolitik in den neu entstandenen Nationalstaaten mehr Spielraum gab.

Nach dem Ende des Goldstandards gab es nur wenig öffentliche Diskurse, in denen geldpolitische Ziele oder Alternativen erörtert worden wären. Diskussionen über Währungspolitik wie andere Formen der Wirtschaftspolitik waren technokratischen Zirkeln vorbehalten. Eich beschreibt den Zusammenbruch von Bretton Woods, als die Deutsche Bundesbank ihre Geldpolitik neu ausrichtete und folgendermaßen begründete: „Dieser Stabilisierungsprozeß verlief freilich nicht ohne gesamtwirtschaftliche Kosten und z. T. auch individuelle

Opfer. Letztere konnten nur verantwortet werden, weil eine wirkliche Alternative zur Stabilisierungspolitik nicht bestand“ (Bundesbank 1975, 1). Die Erfolge der deutschen Inflationsbekämpfung beeindruckten Politiker:innen anderer Staaten in Europa, sodass sie ihre nationale Geldpolitik an dieser ausrichteten und sie damit noch mehr dem demokratischen Entscheidungsprozess im Inland entzogen.

Weitgehend entpolitisierte Geldpolitik durch unabhängige Notenbanken ist für Eich der vorläufige Höhepunkt eines Prozesses, den er als Entdemokratisierung des Geldes beschreibt. Allerdings begann dieser Prozess schon lange, bevor Politik demokratisch organisiert wurde; Jean Bodin, Juan de Mariana oder John Locke kritisierten die Geldpolitik mehr oder weniger absoluter Monarchen. Während sie Einsprüche im Interesse von wenigen gegen die Politik eines einzelnen formulierten, möchte Eich Geldpolitik an den Interessen von vielen orientieren. Er spricht sich für eine Demokratisierung des Geldes aus und fordert dafür einen offenen Diskurs über Ziele und Instrumente der Geldpolitik. Dabei gesteht er den Notenbanken heute mehr Transparenz zu, als diese noch vor 20 Jahren pflegten, kritisiert aber, dass ihre Kommunikation eher dem Leitbild der PR als dem der demokratischen Deliberation entspricht. Um eine solche Deliberation zu ermöglichen, muss für Eich auch eine „institutionalized linguistic obfuscation“ (218) überwunden werden. Das erst würde eine breite politische Debatte über Geld ermöglichen, denn wie schon John D. Turner fand: „The most important lesson of the history of money and central banking for economists is that monetary policy and central banking is not a technocratic issue“ (Turner 2018, 68). Und das gilt nicht nur für economists.

## ANMERKUNG

Die geäußerten Ansichten sind ausschließlich die des Autors und können keinesfalls als offizielle Position der OeNB oder des Eurosystems angesehen werden.

## LITERATUR

**Aristoteles (1989).** Politik. Schriften zur Staatstheorie. Stuttgart, Reclam.

**Bundesbank (1975).** Geschäftsbericht der Deutschen Bundesbank für das Jahr 1974. Frankfurt.

**Kopernikus, Nikolaus (1522).** Gutachten über die Verbesserung der preussischen Münze dem preussischen Landtage auf der Tagfahrt zu Graudenz im März 1522 überreicht. Online verfügbar unter [https://de.wikisource.org/wiki/Denkschrift\\_%C3%BCber\\_die\\_M%C3%BCnze](https://de.wikisource.org/wiki/Denkschrift_%C3%BCber_die_M%C3%BCnze) (abgerufen am 09.10.2024).

**Kwarteng, Kwasi (2000).** Political thought of the recoinage crisis of 1695-7. Doctoral thesis, Cambridge.

**Mariana, Juan de (2002).** A Treatise on the Alteration of Money. *Journal of Markets & Morality* 5 (2), 523–593.

**Marx, Karl (1953).** Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie. Berlin, Dietz Verlag.

**Marx, Karl/Engels, Friedrich (1989).** Manifest der Kommunistischen Partei. Stuttgart, Reclam.

**O'Brien, P./Palma, N. (2020).** Danger to the Old Lady of Threadneedle Street? The Bank Restriction Act and the regime shift to paper money, 1797–1821. *European Review of Economic History* 24 (2), 390–426.

**Slobodian, Quinn (2018).** *Globalists. The End of Empire and the birth of Neoliberalism.* Cambridge, Massachusetts, Harvard University Press.

**Thompson, Edward P. (1987).** Die Entstehung der englischen Arbeiterklasse. Zweiter Band. Frankfurt, Suhrkamp.

**Turner, J. D. (2018).** Money and Central Banking. In: *An Economist's Guide to Economic History.* Palgrave Studies in Economic History.